

## Die fragwürdige Rolle der Bankenaufseher im Fall CS

Nach der teuren Einigung zwischen der Credit Suisse und den USA wird die Verantwortung hin und her geschoben. Besonders kritisch wird nun die Rolle der Finma beurteilt.

25.05.2014



Undurchsichtiges US-Geschäft der CS: Filiale der Bank in Zürich. Bild: Keystone

Es ist der Bericht der Finma, auf den sich **Brady Dougan** und Urs Rohner berufen, wenn es darum geht, ihr Verbleiben an der Spitze der **Credit Suisse** (CSGN 26.61 1.41%) zu rechtfertigen. «Die Finma fand keine Hinweise darauf, dass das Senior Management der Credit Suisse von konkreten Verfehlungen Kenntnis gehabt hätte.» Ein Freispruch also, den die Finanzmarktaufsicht der CS-Spitze im Zusammenhang mit den verheerenden US-Geschäften ausstellt.

Wie die «SonntagsZeitung» schreibt, zeigt sich nun aber: Die eidgenössischen Kontrolleure haben ihre Erkenntnisse gar nicht aufgrund einer eigenen Untersuchung gewonnen. Die Finma beauftragte 2011 lediglich die CS damit, eine unbefangene renommierte Anwaltskanzlei zu suchen, die eine solche Untersuchung durchführte. Dies tat die Bank, aber in «enger Zusammenarbeit mit einer US-Anwaltskanzlei». So steht es im Bericht.

### Desinteressierte Finma

Diese Anwaltskanzleien, es waren Schellenberg Wittmer und King & Spalding – die ausgerechnet die Interessen der Credit Suisse in den USA vertreten –, führten 65 Befragungen mit involvierten Bankern durch. Auch mit 6 der 8 gegenwärtigen und ehemaligen CS-Angestellten, die in den USA wegen der angeblich illegalen Praktiken der Bank eingeklagt wurden.

Rechtsanwalt Andreas Rüd, der zwei der Angeklagten vertritt, sagt gegenüber der «SonntagsZeitung»: «Unsere Klienten wurden nur von der US-Kanzlei King & Spalding

befragt. Wir wussten nicht einmal, dass die Finma eine Untersuchung durchführt. Offensichtlich hatte die Finma an den Informationen unserer Klienten kein Interesse.» Im Fall eines dritten Angeklagten verlief es genauso. Bei ihrem Auftritt vor dem US-Senat im letzten Februar betitelten die CS-Manager diese Abklärungen als «interne Untersuchung».

### **Kopfschütteln in der Politik**

King & Spalding hatte alles Interesse daran, die Verantwortlichkeiten aufseiten der CS auf möglichst tiefem Level zu halten, weil sonst die Strafe viel höher ausgefallen wäre. Konfrontiert mit der Frage, ob nicht die Unabhängigkeit der Untersuchung infrage gestellt werde, wenn Anwälte im Auftrag der CS die Befragungen durchführten, verweist Finma-Sprecher Tobias Lux bloss auf den Bericht.

In der Politik sorgt das für Kopfschütteln. CVP-Präsident Christophe Darbellay sagt: «Die Finma muss Klarheit schaffen, wie sie die Untersuchung geführt hat. Hätte sie mit den Angeschuldigten nicht gesprochen, wäre das ein grosses Problem.» FDP-Mann Ruedi Noser meint: «Die Finma sollte den ganzen Bericht offenlegen. Das Urteil ist gefällt, die CS hat sich schuldig bekannt. Was kann denn jetzt noch so Schlimmes drinstehen, dass der Bericht geheim bleibt.»

### **Dougan kristiert Vorgänger Grübel**

Credit-Suisse-Chef Brady Dougan sagt derweil fünf Tage nach dem Schuldeingeständnis in den USA, sein Vorgänger **Oswald Grübel** hätte ihn nie auf die Gefahren des grenzüberschreitenden Geschäfts mit den USA aufmerksam gemacht. «Wir haben darüber nicht diskutiert», sagt Dougan im «SonntagsBlick». «Grübel hat sich nie mit mir zusammengesetzt, um darüber zu sprechen.»

Er betont: «Bis ich im Mai 2007 CEO wurde, war ich in keiner Weise in dieses Geschäft involviert.» Damals begann die Finanzkrise, was ihn stark absorbiert habe. Als der UBS-Fall bekannt wurde, sei ihnen sofort klar geworden: «Wir müssen unsere Risiken in diesem Geschäft überprüfen. Wir veranlassten, keine UBS-Kunden zu übernehmen. Und es war klar: Wir ziehen uns aus diesem Geschäft zurück», sagt Dougan.

### **Dougans leise Kritik am Bundesrat**

Auf die Frage, ob er an Rücktritt denke, sagte Dougan: «Nein. Ich fühle mich der Credit Suisse und den Menschen, mit denen ich arbeite, absolut verpflichtet.» Auch nach dem Vergleich: «Selbstverständlich.» Dougan übt leichte Kritik am Bundesrat: «Der Bundesrat versuchte für den Finanzplatz eine Gesamtlösung zu finden. Für uns bedeutete das: Wir konnten während zweier Jahre nicht mit der US-Justiz sprechen.»

Dougan erwartet nicht, dass die CS jetzt neues Kapital beschaffen muss, um die Eigenkapitalvorschriften zu erfüllen. «Bis Ende Jahr werden wir wieder eine Eigenkapitalquote von mindestens zehn Prozent ausweisen und streben dann eine Quote von elf Prozent an.» Die Credit Suisse habe nicht vor, zusätzliches Kapital zu beschaffen. «Eine Kapitalerhöhung braucht es nicht. Wir können die Ziele aus eigener Kraft erreichen.»